PROTOKOLL

Gemeinde Ostermundigen

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2026/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 25. Juni 2026, 18:00 - 20:50 Uhr
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Zaugg Gerhard (SVP) 1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP) Buri Peter (SP) Falk Marcel (SP) Kistler Kerstin (SP) Renner Jörg (SP) Schneider Maja (SP) Stalder Sarah (SP) Stettler Ruess Peter (SP) 8 Andres Angelo (SVP) Friedli Hans Peter (SVP) Gränicher Adrian (SVP) Herren Marisa (SVP) Steiner Ulrich (SVP) Truog Markus (SVP) 6 Alberucci Luca (glp) Schmid Alexander (glp) Tamàs Oliver (glp) Wahli Alexander (glp) Züllig von Allmen Dorothea (glp) 5 Feller Daniela (FDP) Lanz Lukas (FDP) 2 Gimmel Benjamin (EVP) Scognamiglio Andrea (EVP) Zürcher Myriam (EVP) 3 Brechbühl Kerstin (Mitte) Filep Béla (Mitte) Löhrer-Marti Sandra (Mitte) Mitter Michael (Mitte) 4 Augustiny Samuel (Grüne) Burr Furrer Christian (Grüne) Tanner Adrian (Grüne) 3 Ananiadis Jorgo (Piraten) 1 **Total anwesend** **33**
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Fredrich Bettina (SP), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliki (SVP), Selmani Emsale (SP), Wipfli Hans (SVP)

Gemeindeschreiberin	Steudler Barbara
Protokollführerin	Niggli Saskia, Gemeindeschreiberin Stv.
Entschuldigt	Mitglied GR: Gasser Melanie (glp) Mitglieder GGR: Brunner Franziska (SVP), Dressler Yasmin (SP), Leiser Christoph (FDP), Mordasini Mattia (SP), Nova Colette (SP), Raass Leena (glp), Rutsch Adrian (SVP)

TRAKTANDEN

1. Büro des Grossen Gemeinderates; Ersatzwahl des 1. Vizepräsidiums per 1. August 2026 89

2. Hochbaukommission; Ersatzwahl per sofort 90

3. Sozialkommission; Ersatzwahl per 1. August 2026 91

4. Verwaltungsbericht 2025; Genehmigung 92

5. Ortsplanungsrevision O'mundo; Zone mit Planungspflicht Areal Tell; Genehmigung 97

6. Jahresrechnung 2025; Genehmigung 98

7. Tell-Areal; Neubau Verwaltungszentrum; Grundsatzentscheid und Projektierungskredit; Genehmigung 102

8. Strassenlärmsanierung Bernstrasse; Akustisches Projekt; Kreditabrechnung; Kenntnisnahme 110

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

9. Überparteiliche Motion betreffend Anpassung der Kriterien für die Schulhauszuteilung «Family first»; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat 111

10. Interpellation Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend Stand und Planung ÖV und Baustellen Ostermundigen; schriftliche Beantwortung 116

11. Orientierungen des Gemeinderates 117

a) Regionaler Fussballcampus Rörswil; Orientierung 117

b) Kantonale Beobachtungsstation Bolligen; öffentliche Besichtigung 117

c) Einreichung parlamentarischer Vorstösse; Lesbarkeit der Namen der Unterzeichnenden 117

d) Fragen im Vorfeld von GGR-Sitzungen 117

e) Eintrittsbeschränkung im Freibad 118

f) Aufruf zum sparsamen Wasserverbrauch 118

12. Überparteiliche Motion betreffend Erhöhung der Entschädigung für Mitglieder des ständigen Ausmittlungsausschusses; parlamentarischer Neueingang 122

13. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Prioritäten bei den anstehenden, grossen Investitionsvorhaben; parlamentarischer Neueingang 124

14. Überparteiliche Interpellation betreffend Massnahmen gegen häusliche Gewalt; parlamentarischer Neueingang 125

15. Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates 127

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2026.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte die Ratssekretärin um Namensaufruf. Momentan sind **31 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Ich komme zu den offiziellen Mitteilungen.

1. Auf den Tischen liegt auf:
   - ⓘ Stellungnahme der Finanzkommission zum Geschäft Tell-Areal; Neubau Verwaltungszentrum
2. Per 30. September 2026 hat Leena Raass ihre Demission als GGR-Mitglied eingereicht.
3. Die nächste GGR-Sitzung findet am 17. September 2026 um 18:00 Uhr statt.
4. Für die heutige GGR-Sitzung sind Sandwiches organisiert.

Traktandenliste

Traktandum Nummer 11 - Orientierungen des Gemeinderates, beinhaltet Folgendes:

a. Regionaler Fussballcampus Rörswil; Orientierung; Sprecher: T. Iten

b. Kantonale Beobachtungsstation Bolligen; öffentliche Besichtigung; Sprecher: T. Iten

c. Einreichung parlamentarische Vorstösse; Lesbarkeit Namen Unterzeichnende; Sprecher: T. Iten

d. Eintrittsbeschränkung im Freibad: Sprecherin: B. Fredrich

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Liegen Wortmeldungen zur Traktandenliste vor?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich entschuldige mich für den formellen Fehler beim Traktandum Nr. 5 betreffend die Ortsplanungsrevision O'mundo, Zone mit Planungspflicht Areal Tell. Wie dem Protokoll der Geschäftsprüfungskommission zu entnehmen ist, ist uns ein formeller Fehler unterlaufen. Dieser ist mir erst bei den Vorbereitungen für den Informationsanlass vor einer Woche aufgefallen.

Der Fehler betrifft die Zone mit Planungspflicht 1, die sogenannte Kernzone. Diese hätte im Zusammenhang mit der Überbauungsordnung beziehungsweise der Zone mit Planungspflicht teilweise aufgehoben werden müssen. Eine mögliche Erklärung ist, dass wir derzeit mit drei verschiedenen Baureglementen arbeiten. Im neuen Baureglement, das sich zur Vorprüfung beim Kanton befindet, ist diese Zone bereits aufgehoben. Dadurch ist uns dieser Punkt entgangen.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Ich gehe davon aus, dass dazu ein Änderungsantrag gestellt wird. Mit dem Rückzug des Geschäfts beheben wir den formellen Fehler. Der Projektierungskredit für das Tell-Areal beziehungsweise für den Neubau des Verwaltungszentrums kann jedoch heute behandelt werden und die Planungsarbeiten können wie vorgesehen fortgesetzt werden.

Es ist mir wichtig festzuhalten, dass mit der Zone mit Planungspflicht die planungsrechtlichen Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Das Richtprojekt bildet lediglich die Grundlage für die spätere Überbauungsordnung. Das Geschäft Nr. 5 wird am 17. September 2026 erneut behandelt. Die Verzögerung von rund zweieinhalb Monaten hat keine Auswirkungen auf den weiteren Planungsprozess. Ich ziehe das Geschäft deshalb heute formell zurück und entschuldige mich nochmals für den Fehler.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Ich vertrete eine andere Auffassung als Thomas Iten und teile die im Protokoll der Geschäftsprüfungskommission festgehaltene Meinung nicht. Aus meiner Sicht steht die Projektierung des Verwaltungszentrums in direktem Zusammenhang mit der Zone mit Planungspflicht und dem weiteren Vorgehen.

Die SVP-Fraktion ist weder gegen das Verwaltungszentrum noch gegen die Zone mit Planungspflicht Areal Tell. Wir sind jedoch der Ansicht, dass beide Geschäfte gemeinsam behandelt werden sollten. Zudem sind aus unserer Sicht verschiedene Punkte zu klären, insbesondere die Priorisierung der anstehenden Grossprojekte. Neben dem Kindlerhaus und der geplanten Dreifachturnhalle stehen weitere finanzielle Verpflichtungen, wie der Fussballcampus, im Raum. Dazu erwarten wir eine Gesamtsicht und werden heute Abend ein entsprechendes Postulat einreichen.

- Ich stelle deshalb den **Antrag**, die Traktanden Nummer 5 und Nummer 7 nicht separat zu behandeln, sondern beide Geschäfte um zweieinhalb Monate zu verschieben und gemeinsam an der Sitzung im September 2026 zu beraten.

[1]

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir stimmen zuerst über folgenden **Antrag Nr. 1** von Markus Truog ab:

Die Traktanden Nummer 5 und Nummer 7 sind nicht separat zu behandeln, sondern beide Geschäfte um zweieinhalb Monate zu verschieben und gemeinsam an der Sitzung im September 2026 zu beraten.

ⓘ Der Antrag Nr. 1 wird mit 22 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

[1] 18.10 Uhr: Gränicher Adrian (SVP) nimmt an der Sitzung teil. Neu sind **32 Ratsmitglieder** anwesend.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Axioma #380
10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

1. Büro des Grossen Gemeinderates; Ersatzwahl des 1. Vizepräsidiums per 1. August 2026

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Der Wahlvorschlag für die Ersatzwahl für das 1. Vizepräsidium des Büros Grosser Gemeinderat liegt vor. Gibt es noch Wortmeldungen zum Wahlvorschlag? Es werden keine Einwände erhoben.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Luca Alberucci (GLP) wird Alexander Schmid (GLP) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. ab 1. August 2026 bis 31. Dezember 2026 als 1. Vizepräsidium in das Büro des Grossen Gemeinderates gewählt.

Axioma #10400
10.6.01 Hochbaukommission

2. Hochbaukommission; Ersatzwahl per sofort

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Der Wahlvorschlag für die Ersatzwahl für die Hochbaukommission liegt vor. Gibt es noch Wortmeldungen zum Wahlvorschlag? Es werden keine Einwände erhoben.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Walter Zysset (SVP) wird Markus Truog (SVP) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. ab sofort bis 31. Dezember 2028 als Mitglied der Hochbaukommission gewählt.

Axioma #2182
10.6.06 Sozialkommission

3. Sozialkommission; Ersatzwahl per 1. August 2026

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Der Wahlvorschlag für die Ersatzwahl für die Sozialkommission liegt vor. Gibt es noch Wortmeldungen zum Wahlvorschlag? Es werden keine Einwände erhoben.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Synes Ernst (Die Mitte) wird Verena Bachofner (Die Mitte) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. ab 1. August 2026 bis 31. Dezember 2028 als Mitglied der Sozialkommission gewählt.

Axioma #10635
10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

4. Verwaltungsbericht 2025; Genehmigung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Liegen Wortmeldungen vor?

Daniela Feller (FDP): Ich danke für den Verwaltungsbericht. Wie in den vergangenen Jahren habe ich mir erlaubt, einige besondere und erfreuliche Feststellungen daraus hervorzuheben.

Besonders gut gefallen hat mir das Titelbild, das von Thomas Iten aufgenommen wurde. Erfreulich ist auch, dass bei der Pilzkontrolle im Jahr 2025 keine giftigen Pilze festgestellt wurden. Auffällig ist hingegen die deutlich gestiegene Zahl der Fundgegenstände. Insgesamt wurden 111 Gegenstände abgegeben, während lediglich 34 an ihre Eigentümerinnen und Eigentümer zurückgegeben werden konnten. In diesem Zusammenhang frage ich mich, wie diese Zahlen erfasst werden.

Positiv ist zudem, dass die Feuerwehr keine Tiere retten musste und der Salzverbrauch im Winterdienst aufgrund der Witterung von 88,73 Tonnen auf 20,82 Tonnen gesunken ist. Beeindruckt hat mich auch der Höchstwert von 4'088 Gästen im Freibad Ostermundigen an einem einzigen Tag.

Abschliessend möchte ich auf die Radarmessungen hinweisen. Diese zeigen eine steigende Zahl von Geschwindigkeitsüberschreitungen bei E-Bikes, insbesondere im Umfeld des Schulhauses Rütti. An die «Rüttianerinnen und Rüttianer» richte ich deshalb mit einem Augenzwinkern den Appell, dort etwas langsamer zu fahren.

Sandra Löhrer-Marti (Mitte): Die Mitte-Fraktion wird den Verwaltungsbericht genehmigen sowie die Abschreibung der Motionen und Postulate unterstützen. Ich danke allen Beteiligten für die Erstellung des Berichts.

Seit Mai 2010 bin ich Mitglied des Grossen Gemeinderates. Der Verwaltungsbericht bietet jedes Jahr einen wertvollen Rückblick auf die Ereignisse und die geleistete Arbeit in der Gemeinde. Beim Lesen sind mir einige Punkte aufgefallen.

Bei den Spartageskarten der Gemeinde ist die Anzahl der verkauften Karten von 280 im Jahr 2024 auf 200 im Jahr 2025 zurückgegangen. Mich interessiert, ob dies auf die geänderten Bedingungen oder auf andere Gründe zurückzuführen ist.

Bei den Dienstleistungen Dritter fällt der Aufwand von rund CHF 2 Millionen auf. Ich würde gerne wissen, wie dieser Betrag im Vergleich zu ähnlich grossen Gemeinden einzuordnen ist.

Ebenfalls aufgefallen ist der Anstieg der pendenten Baugesuche aus den Vorjahren von 7 auf 28. Mich interessiert, welche Ursachen zu diesem Rückstand geführt haben und wie diesem begegnet werden soll.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Auch die Kennzahlen der Schulsozialarbeit zeigen erneut einen deutlichen Anstieg der Dossiers. Ich frage mich, welche zusätzlichen präventiven Massnahmen möglich sind, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Abschliessend noch eine persönliche Bemerkung: Obwohl wir inzwischen digital arbeiten, vermisse ich die gedruckte Ausgabe des Verwaltungsberichts. Ich habe den Bericht jeweils gerne in Papierform gelesen und darin geblättert. So kommen auch die Bilder besonders gut zur Geltung.

[2]

Benjamin Gimmel (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, der Verwaltung, den Mitarbeitenden der Schulen, den Einsatzorganisationen sowie den zahlreichen Freiwilligen für ihren Einsatz zugunsten der Gemeinde.

Der Verwaltungsbericht zeigt, dass sich in Ostermundigen viel bewegt. Wichtige Projekte wie die Entwicklung des Bahnhofareals, die Ortsplanungsrevision und die Digitalisierung der Verwaltung werden kontinuierlich vorangetrieben. Gleichzeitig macht der Bericht deutlich, welche vielfältigen Dienstleistungen die Gemeinde erbringt und welche Themen auch in Zukunft von Bedeutung sein werden.

Die EVP-Fraktion erachtet den Verwaltungsbericht als gelungenen Rückblick auf das vergangene Jahr und wird ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Auch die SVP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht eingehend studiert. Wir danken allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Der Bericht ist übersichtlich sowie verständlich aufgebaut und fasst auf 55 Seiten die wichtigsten Ereignisse und Fakten des vergangenen Jahres zusammen.

Beim Studium des Berichts ist uns eine Frage aufgefallen. Auf Seite 31 wird erwähnt, dass die Hochbaukommission in sechs Sitzungen insgesamt 14 Geschäfte behandelt hat. Gleichzeitig sind 22 Beurteilungen der Fachgruppe Bau und Gestaltung aufgeführt. Uns interessiert, ob diese Beurteilungen ebenfalls von der Hochbaukommission behandelt wurden oder ob sie ausschliesslich auf Stufe Bauverwaltung bearbeitet wurden.

Alexander Schmid (glp): Ich danke für die Wahl und das damit entgegengebrachte Vertrauen.

Für mich ist der Verwaltungsbericht wichtiger als die Jahresrechnung. Er zeigt auf, welche Leistungen die Gemeinde im vergangenen Jahr erbracht hat und wie vielfältig ihre Aufgaben sind. Beim Lesen wird deutlich, wie viel in den verschiedenen Bereichen geleistet wurde. Zudem habe ich dabei Angebote kennengelernt, die mir zuvor nicht bekannt waren.

[2] 18.20 Uhr: Burr Furrer Christian (Grüne) nimmt an der Sitzung teil. Neu sind **33 Ratsmitglieder** anwesend.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Besonders hervorheben möchte ich die Entwicklung der ständigen Wohnbevölkerung. Diese ist erneut gewachsen. Das zeigt, dass Ostermundigen eine attraktive Gemeinde ist. Dieses Wachstum kommt nicht von ungefähr, sondern ist dem täglichen Einsatz vieler Beteiligter zu verdanken – der Mitarbeitenden der Verwaltung, der Vereine, der Behörden und vieler weiterer Personen, die sich für die Gemeinde engagieren.

Dafür spreche ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank aus. Ich wünsche mir, dass wir auch künftig diese Leistungen erbringen und Ostermundigen als attraktive Gemeinde weiterentwickeln können.

Die GLP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht genehmigen und der Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse zustimmen.

Marcel Falk (SP): Auch ich habe den Verwaltungsbericht mit grossem Interesse gelesen. Ich bin positiv überrascht. Der Bericht ist übersichtlich gestaltet, gut lesbar und bietet einen gelungenen Überblick über das vergangene Jahr. Er zeigt, dass Ostermundigen eine lebendige Gemeinde ist. Dafür danke ich allen, die zu diesem Bericht und zur geleisteten Arbeit beigetragen haben.

Ich habe jedoch zwei Anliegen. Vor rund zwei Jahren haben wir das Klimareglement verabschiedet. Darin wurde festgehalten, dass der Gemeinderat im Verwaltungsbericht über die Hitzehotspots sowie über die dort geprüften, verworfenen und umgesetzten Massnahmen informiert. Zwar finden sich einzelne Hinweise dazu im Bericht, diese sind jedoch zu wenig gebündelt, um nachvollziehen zu können, welche Massnahmen bereits umgesetzt wurden und welche noch geprüft werden. Ich bitte den Gemeinderat deshalb, diesen Teil künftig ausführlicher darzustellen.

Mein zweites Anliegen betrifft das Temporegime. Auch hierzu enthält der Verwaltungsbericht nur wenige Informationen. Ich hätte mir konkretere Angaben zum Stand der Umsetzung der beschlossenen Massnahmen, insbesondere zu den geplanten Begegnungs- und Tempozonen, gewünscht. Ich hoffe, dass der nächste Verwaltungsbericht darüber ausführlicher Auskunft geben wird.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich versuche, einen Teil der gestellten Fragen bereits heute zu beantworten.

Der Rückgang bei den Spartageskarten hängt mit dem neuen Bezugssystem zusammen. Neu können nur noch Einwohnerinnen und Einwohner von Ostermundigen eine Karte beziehen. Diese Einschränkung wurde aus administrativen Gründen eingeführt. Ich bin mit der heutigen Lösung allerdings nicht besonders zufrieden. Zudem stellen wir fest, dass die SBB vermehrt auf Spartageskarten und Spartickets über ihre App setzt. Wie sich dieses Angebot weiterentwickeln wird, ist offen. Das Thema behalten wir deshalb im Auge.

Zur Frage der Dienstleistungen Dritter mit einem Aufwand von knapp CHF 2 Millionen möchte ich festhalten, dass ein Vergleich mit anderen Gemeinden schwierig ist. Darin enthalten sind unter anderem vertraglich geregelte Leistungen wie jene der Feuerwehr oder der Kantonspolizei und nicht nur klassische Beratungsmandate. Deshalb wäre ein Benchmark aus meiner Sicht wenig aussagekräftig.

Die Frage zu den Baugesuchen beziehungsweise zu den Beurteilungen der Fachgruppe Bau und Gestaltung können wir heute nicht abschliessend beantworten. Wir werden dies abklären und die Informationen nachreichen.

Zu den angesprochenen Hitzehotspots sehe ich ebenfalls Verbesserungspotenzial. Zwar gibt es die Urban-Heat-Map, die Informationen sind jedoch noch nicht ausreichend aufbereitet. Wir werden prüfen, wie wir im nächsten Verwaltungsbericht ausführlicher darüber informieren können. Dasselbe gilt für den Stand der Umsetzung des Temporegimes, zu dem wir im nächsten Verwaltungsbericht vertiefter Auskunft geben werden.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Die Fachgruppe Bau und Gestaltung trifft keine rechtlich verbindlichen Entscheide. Sie beurteilt Baugesuche aus gestalterischer Sicht und gibt entsprechende Empfehlungen ab. Die eigentliche Entscheidungskompetenz, beispielsweise über Ausnahmen oder Einsprachen, liegt ausschliesslich bei der Hochbaukommission. Dadurch ergeben sich teilweise Überschneidungen, da Baugesuche zunächst von der Fachgruppe vorgeprüft und anschliessend von der Hochbaukommission formell entschieden werden.

Peter Buri (SP): Ich habe eine Frage zum Inklusionscheck für Gemeinden. Mit der Abschreibung des Auftrags bestätigen wir, dass dieser erledigt ist. Ich habe den entsprechenden Bericht jedoch noch nie gesehen. Deshalb fällt es mir schwer, der Abschreibung zuzustimmen, ohne den Bericht zu kennen.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Motion Nr. 31 «Inklusionscheck für Gemeinden - wie barrierefrei, inklusiv, digitalisiert und UNO-BRK-konform ist die Gemeinde Ostermundigen» nicht abgeschrieben werden soll.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Abgeschrieben werden nur jene Vorstösse, die im Antrag ausdrücklich aufgeführt sind. Wir sind der Auffassung, dass diese entweder umgesetzt wurden oder die Berichterstattung in einer anderen Form erfolgt ist. Den Vorstoss zum Inklusionscheck beantragen wir hingegen nicht zur Abschreibung, da die Arbeiten dazu noch laufen.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ist eine «Globo-Abstimmung» bei der Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse bestritten? Eine «Globo-Abstimmung» ist nicht bestritten.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2025 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2025 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:

	Absender	**Begehren**	**eingereicht**	**erheblich erklärt**
	Motionen			
29	Überparteilich	Personalressourcen für Umsetzung Leitsatz 5 RES	29.02.2024	05.09.2024
30	Überparteilich	Mindestens 8 Wochen garantierter Ferienbetreuung während den Schulferien	27.06.2024	24.10.2024
32	Überparteilich	Zwei Lesungen zum Budget im Grossen Gemeinderat ermöglichen	05.12.2024	20.03.2025
35	Überparteilich	Keine Standmiete für Ostermundiger Vereine am Mundige Fescht	13.02.2025	26.06.2025
36	Jorgo Ananiadis (Piraten)	Effiziente Budgetlesungen	04.09.2025	20.11.2025

	Postulate			
16	Überparteilich	Einrichtung von Schliessfächern für Sport- und Freizeitgeräte in der Gemeinde Ostermundigen	05.09.2024	20.03.2025
21	FDP-Fraktion	In den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeiten aufzeigen	26.06.2025	26.06.2025

Axioma #8090
10.22.7.2 Zentrale Baustelle Z1 (Tell/Alpenrösli)

5. Ortsplanungsrevision O'mundo; Zone mit Planungspflicht Areal Tell; Genehmigung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Dieses traktandierte Geschäft ist zurückgezogen worden. Wir fahren weiter mit Traktandum 6 «Jahresrechnung 2025; Genehmigung».

Axioma #10655
10.3.01 Jahresrechnungen

6. Jahresrechnung 2025; Genehmigung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Liegen Wortmeldungen vor?

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Wir können eine nahezu ausgeglichene Jahresrechnung präsentieren. Die Mehrausgaben im allgemeinen Haushalt betragen lediglich 0,3 Prozent. Man kann deshalb durchaus von einer «roten Null» sprechen.

Die Jahresrechnung 2025 umfasst rund 300 Seiten. Allein die Erfolgsrechnung enthält über 1'500 Einzelkonten und ist entsprechend sehr detailliert. Deshalb haben wir uns in der Botschaft auf die wesentlichen Kernaussagen konzentriert, um einen übersichtlichen und dennoch aussagekräftigen Überblick zu geben. Ergänzend haben wir allen einen Link mit einer ausgewogenen Beurteilung der finanziellen Situation zugestellt.

Ich möchte zwei Punkte besonders hervorheben. Erstens beträgt der Bilanzüberschuss nach HRM2 weiterhin rund CHF 7 Millionen. Hinzu kommen Mehrwertabschöpfungen von rund CHF 5 Millionen. Diese gelten zwar nach HRM2 nicht als Reserven, haben jedoch Reservecharakter. Insgesamt verfügt die Gemeinde damit über rund CHF 12 Millionen.

Zweitens haben sich verschiedene Bauprojekte verzögert. Dadurch fielen sowohl Erträge als auch Aufwendungen tiefer aus als budgetiert. So konnten beispielsweise die erwarteten Liegenschaftssteuern aus neuen Überbauungen noch nicht realisiert werden, weil sich deren Fertigstellung verzögert hat. Gleichzeitig wurden auch verschiedene Investitionen später ausgelöst, insbesondere bei der Dreifachturnhalle. Diese Verzögerungen führten dazu, dass der Realisierungsgrad der geplanten Investitionen lediglich 31 Prozent erreichte.

Insgesamt können wir mit der Jahresrechnung 2025 zufrieden sein. Sie präsentiert sich trotz der Projektverschiebungen ausgeglichen und finanziell solide.

Sandra Löhrer-Marti (Mitte): Die Mitte-Fraktion dankt für die Erstellung der Jahresrechnung und wird diese genehmigen.

Die Jahresrechnung schliesst zwar nahezu ausgeglichen ab, was erfreulich ist. Allerdings ist dieses Ergebnis auch auf verschiedene Sondereffekte zurückzuführen. Deshalb sollten wir uns darauf nichts einbilden.

Ein Anliegen ist uns weiterhin die Abfallbewirtschaftung. Der Bereich schliesst erneut mit einem Defizit von rund CHF 700'000.00 ab. Aus unserer Sicht sind hier Gegenmassnahmen notwendig, insbesondere im Zusammenhang mit der Gebührenverordnung.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Ich habe mich im Vorfeld der Sitzung erkundigt und die Rückmeldung erhalten, dass entsprechende Arbeiten bereits laufen. Das stimmt uns zuversichtlich. Nun hoffen wir, dass den Ankündigungen auch konkrete Massnahmen folgen.

Erfreulich ist, dass sich nicht mehr alle Kennzahlen im roten Bereich befinden. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der geplanten Investitionen nicht realisiert wurde. Dadurch fallen die Kennzahlen zwar besser aus, das Ergebnis ist jedoch nur bedingt positiv zu bewerten. Wir hoffen, im Rahmen der Budgetberatung gute Lösungen für die kommenden Jahre zu finden.

Jörg Renner (SP): Die SP-Fraktion wird die Jahresrechnung 2025 genehmigen. Aus unserer Sicht ist die Jahresrechnung korrekt und kann in der vorliegenden Form verabschiedet werden. Die grundsätzliche finanzpolitische Diskussion wird im Rahmen der nächsten Budgetberatung zu führen sein.

Myriam Zürcher (EVP): Die Jahresrechnung ist ein fester Bestandteil unserer politischen Arbeit. Sie zeigt Jahr für Jahr auf, was erreicht wurde, und bildet unsere Entscheidungen und Prioritäten in Zahlen ab.

Gleichzeitig befindet sich Ostermundigen in einer anspruchsvollen Phase. Wir wollen unsere Gemeinde weiterentwickeln und wichtige Projekte vorantreiben. Dazu hat sich die Bevölkerung mit dem Entscheid gegen eine Fusion mit Bern klar bekannt. Die zahlreichen Projekte bringen jedoch auch hohe Ausgaben mit sich, während die Einnahmen nicht im gleichen Mass wachsen. Das stellt uns vor die Frage, wie wir Entwicklung und finanzielle Stabilität in Einklang bringen.

Die Jahresrechnung richtet den Blick auf das vergangene Jahr. Noch wichtiger ist aus unserer Sicht jedoch der Blick nach vorne und die Frage, wie wir die Zukunft unserer Gemeinde gemeinsam gestalten.

Die EVP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2025 zustimmen.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2025 in der vorliegenden Form zustimmen.

Wir danken Gerardo Grasso und Thomas Lauener für die Informationsveranstaltung, die zu einem guten Verständnis der Jahresrechnung beigetragen hat.

Erfreulich ist die Besserstellung des allgemeinen Haushalts gegenüber dem Budget um rund CHF 138'500.00, auch wenn dieses Ergebnis auf verschiedene unvorhergesehene Faktoren zurückzuführen ist. Ebenfalls nehmen wir die durchwegs grünen Ampeln bei der Finanzstrategie unter Punkt 8 der Botschaft mit Freude zur Kenntnis.

Wir sind weiterhin überzeugt, dass mit einem konsequenten Kostenbewusstsein und einer sorgfältigen Priorisierung der grossen Investitionsvorhaben die prognostizierte, befristete Steuererhöhung vermieden werden kann.

Luca Alberucci (glp): Auch die GLP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2025 zustimmen.

Positiv hervorzuheben sind der nahezu ausgeglichene Rechnungsabschluss sowie die gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 4 Millionen höheren Steuererträge bei den natürlichen und juristischen Personen. Dem stehen zwar höhere Ausgaben gegenüber, insbesondere beim Transferaufwand, beim Personalaufwand und beim Sachaufwand. Diese Entwicklungen sind jedoch nachvollziehbar. Hinzu kommt der ausserordentliche Finanzaufwand infolge der periodischen Neubewertung von Liegenschaften.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage zur Liegenschaft an der Bernstrasse 31. Das Gebäude wurde bereits abgebrochen. Ich frage mich, weshalb die Neubewertung erst im Rahmen des ordentlichen Bewertungszyklus erfolgt und nicht bereits zum Zeitpunkt des Abbruchs vorgenommen wird.

Abschliessend möchte ich noch einen Gedanken zur künftigen Finanzpolitik mitgeben. Die zusätzlichen Steuererträge zeigen, dass sich die Ertragslage verbessert hat. Aus meiner Sicht wird die finanzielle Zukunft der Gemeinde jedoch nicht durch eine Steuererhöhung gesichert, sondern durch eine konsequente Haushaltsdisziplin und eine sorgfältige Priorisierung der Ausgaben und Investitionen. Nicht alles muss sofort umgesetzt werden; einzelne Vorhaben können später realisiert werden. Ich wünsche mir deshalb, dass wir diesen Weg auch künftig gemeinsam verfolgen und möglichst auf eine Steuererhöhung verzichten können.

Zum Schluss danke ich allen für die gute Zusammenarbeit.

Lukas Lanz (FDP): Da bereits vieles gesagt wurde, halte ich mich kurz.

Im Namen der FDP-Fraktion danke ich allen Beteiligten für die sorgfältige Erstellung der Jahresrechnung. Besonders positiv hervorheben möchte ich die übersichtliche Darstellung mit den Grafiken, die das Verständnis der Rechnung erleichtern.

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Defizit von lediglich 0,3 Prozent der Gesamtausgaben beziehungsweise rund 0,15 Prozent besser als budgetiert ab. Das ist eine erfreuliche Punktlandung. Zudem fällt das Defizit gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 0,9 Millionen tiefer aus.

Erfreulich ist auch die weiterhin positive Entwicklung der Steuererträge. Dieses Potenzial sollten wir nutzen und mit einer konsequenten Ausgabendisziplin sowie einer sorgfältigen Priorisierung der anstehenden Grossinvestitionen finanzielle Reserven schaffen.

Die FDP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2025 zustimmen.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Finanzverwalter Thomas Lauener: Ich möchte die Frage zur Bewertung des Finanzvermögens beantworten. Nach den Vorgaben von HRM2 ist das Finanzvermögen grundsätzlich jährlich zum Verkehrswert zu bewerten. Für Liegenschaften gilt jedoch eine Ausnahme. Diese müssen mindestens alle fünf Jahre überprüft und neu bewertet werden.

In Ostermundigen erfolgt diese Neubewertung im Fünfjahresrhythmus, wie dies in den meisten anderen Gemeinden üblich ist. Deshalb wurde die nächste Bewertung nach 2020 wieder im Jahr 2025 vorgenommen.

Diese Regelung betrifft ausschliesslich Liegenschaften. Der Kanton erachtet eine jährliche Neubewertung in diesem Bereich als nicht erforderlich und sieht den Fünfjahresrhythmus als ausreichend an.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Jahresrechnung 2025 wird genehmigt.
2. Der Grosse Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass keine Nachkredite in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates vorliegen.

Axioma #25
30.4.10 Verwaltungszentrum

7. Tell-Areal; Neubau Verwaltungszentrum; Grundsatzentscheid und Projektierungskredit; Genehmigung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Liegen Wortmeldungen vor?

Alexander Wahli (glp): Ich danke dem Rat, dass wir dieses Geschäft heute behandeln und nicht um zweieinhalb Monate verschieben. Ebenso danke ich der Verwaltung für die umfassende und sorgfältige Ausarbeitung der Vorlage.

Seit über 40 Jahren beschäftigt sich Ostermundigen mit der Frage eines zentralen Verwaltungsstandorts. Mit dem Tell-Areal bietet sich nun eine vielversprechende Lösung. Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass die Projektierung jetzt gestartet werden soll. Die Vorteile eines zentralen Verwaltungszentrums – insbesondere die Zusammenführung der Verwaltung, die Förderung der Zusammenarbeit sowie die gute Erreichbarkeit – überwiegen klar.

Wir unterstützen die vorgeschlagene Realisierungsform (Variante A). Die Grundlagen sind bereits weit fortgeschritten und bilden eine solide Basis für die weiteren Planungsschritte. Langfristig verspricht das Projekt zudem betriebliche und finanzielle Vorteile.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass mit Gesamtkosten von rund CHF 29 Millionen ein bedeutendes Investitionsvorhaben vorliegt. Deshalb ist eine sorgfältige Priorisierung der Investitionen notwendig. Aus Sicht der GLP hat das Verwaltungszentrum gegenüber anderen Projekten, wie beispielsweise dem Kindlerhaus, eine höhere Priorität.

Entscheidend ist nun eine möglichst hohe Kostensicherheit. Bereits in der Projektierungsphase müssen die Kosten möglichst verbindlich ermittelt werden. Deshalb unterstützen wir den Auftrag, zusätzlich zur vorgesehenen Realisierungsform auch den Kauf eines schlüsselfertig ausgebauten Verwaltungszentrums zu prüfen und die Vor- und Nachteile dieser Variante aufzuzeigen.

- Die GLP stellt folgende **Ergänzungsanträge**:
  3. Design to cost: Das Projekt soll nach dem Prinzip «Design to cost» entwickelt werden. Die Bestellung erfolgt nach dem effektiv notwendigen Bedarf. Unnötiger Luxus ist wegzulassen.
  4. Kostendisziplin: Der offerierte Kostenrahmen ist einzuhalten. Etwaige Mehrkosten bei Bestelländerungen sind konsequent mit Gegenmassnahmen - d.h. Verzicht an anderer Stelle - zu kompensieren.
  5. Kostensicherheit durch Kauf schlüsselfertig ausgebautes Verwaltungszentrum prüfen: Um eine möglichst hohe Kostensicherheit zu erhalten, ist im Prozess auch die Realisierungsform «Kauf eines schlüsselfertig ausgebauten Verwaltungszentrums» ernsthaft einzubeziehen und zu prüfen.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Andrea Scognamiglio (EVP): Der Neubau eines Verwaltungszentrums auf dem Tell-Areal bietet aus unserer Sicht grosse Vorteile – sowohl für die Mitarbeitenden der Gemeinde als auch für die Bevölkerung. Der Bericht des Gemeinderates legt diese nachvollziehbar und überzeugend dar.

Seit Jahrzehnten wird ein zentrales Verwaltungsgebäude angestrebt. Mit dem Tell-Areal bietet sich nun eine einmalige Gelegenheit, dieses Vorhaben zu realisieren. Die EVP-Fraktion wird deshalb sowohl dem Grundsatzentscheid als auch dem Projektierungskredit zustimmen.

Wir sind überzeugt, dass das neue Verwaltungszentrum ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung Ostermundigens sein wird. Zusammen mit weiteren Projekten wie der Entwicklung des Bahnhofareals, dem geplanten Holzhochhaus, dem Kindlerhaus, dem neuen Dorfzentrum und dem künftigen Tram wird es dazu beitragen, Ostermundigen als attraktiven Wohn-, Arbeits- und Lebensort weiter zu stärken.

Ulrich Steiner (SVP): Wir danken dem Gemeinderat, der Verwaltung und insbesondere der Abteilung Hochbau für die umfassenden Unterlagen sowie für die Informationsveranstaltung. Diese hat wesentlich zum Verständnis des Projekts beigetragen.

Ein neues Verwaltungszentrum wird in Ostermundigen seit vielen Jahren diskutiert. Mit dem Tell-Areal bietet sich aus unserer Sicht nun die Chance, dieses Vorhaben an einem zentralen Standort zu realisieren. Gleichzeitig können durch die Aufgabe der heutigen Verwaltungsstandorte künftig finanzielle Mittel freigesetzt werden.

Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass ein neues Verwaltungszentrum längst fällig ist und diesem Projekt eine hohe Priorität zukommt. Gleichzeitig können die zahlreichen anstehenden Grossprojekte nicht alle parallel umgesetzt werden. Deshalb braucht es eine klare Priorisierung, eine tragbare Finanzierung und eine zeitliche Staffelung der Investitionen. Aus unserer Sicht hat das Verwaltungszentrum eine höhere Priorität als andere Projekte, beispielsweise das Kindlerhaus. Entsprechend werden wir ein Postulat zur Prüfung der Priorisierung der anstehenden Grossinvestitionen einreichen.

Grundsätzlich unterstützen wir auch die vorgeschlagene Realisierungsform. Zusätzlich sollte jedoch geprüft werden, ob ein schlüsselfertig ausgebautes Verwaltungszentrum zu finanziellen Vorteilen führen könnte. Voraussetzung dafür wäre eine präzise Projektdefinition sowie eine konsequente Kostendisziplin während der gesamten Umsetzung.

Die SVP-Fraktion wird dem Projektierungskredit zustimmen. Trotz Vorbehalten bezüglich der finanziellen Herausforderungen stehen wir hinter dem eingeschlagenen Weg.

Marcel Falk (SP): Die SP-Fraktion dankt für die umfassende Vorlage zum neuen Verwaltungszentrum. Aus unserer Sicht bietet sich mit dem Tell-Areal eine einmalige Gelegenheit, dieses seit Langem diskutierte Projekt zu realisieren. Ein zentral gelegenes Verwaltungszentrum ist für Ostermundigen wichtig, und es wird kaum nochmals eine vergleichbare Möglichkeit geben.

Die in der Botschaft aufgezeigten Vorteile sind nachvollziehbar und überzeugend. Besonders wichtig ist für uns, dass die Gemeindeverwaltung damit ein sichtbares Zentrum erhält und der Kontakt zwischen Verwaltung und Bevölkerung gestärkt wird. Zwar erfordert das Projekt zunächst eine beträchtliche Investition, langfristig erwarten wir jedoch auch finanzielle und betriebliche Vorteile.

Die von der GLP eingebrachten Anträge beurteilen wir unterschiedlich. Den Grundsatz «Design to cost» unterstützen wir. Auch Kostendisziplin ist wichtig. Gleichzeitig muss genügend Flexibilität bestehen, um auf unvorhersehbare Entwicklungen, etwa Preissteigerungen oder veränderte Rahmenbedingungen, reagieren zu können. Beim Antrag zur Prüfung eines schlüsselfertig ausgebauten Verwaltungszentrums sind wir zurückhaltend. Wir befürchten, dass dadurch zusätzliche Abklärungen notwendig würden, was zu Verzögerungen und höheren Projektierungskosten führen könnte. Zudem stellt sich die Frage, ob dadurch tatsächlich eine höhere Kostensicherheit erreicht wird, da sich die Anforderungen während der mehrjährigen Planungs- und Bauphase verändern können.

Für die SP-Fraktion ist entscheidend, dass das Projekt nun am vorgesehenen Standort weiterverfolgt wird.

Daniela Feller (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich den Bogen zur GLP-Fraktion aufnehmen. Unser Votum entspricht in vielen Punkten demjenigen von Alexander Wahli. Wir unterstützen sowohl die Projektierung als auch die eingebrachten Ergänzungsanträge, da sie in die gleiche Richtung gehen wie unsere eigene Haltung.

Für uns ist zentral, dass eine grössere Gemeinde über ein zentrales, ordentliches Verwaltungszentrum verfügt und nicht auf verschiedene Provisorien oder Standorte verteilt ist. Ein gemeinsames Verwaltungsgebäude schafft Klarheit und Effizienz.

Wichtig ist zudem, dass der Eigentums- und Ausbaustandard sorgfältig geprüft wird. Nach so langer Planungszeit ist es richtig, das Projekt nun mit der nötigen Sorgfalt, aber auch mit Kostendisziplin weiterzuführen.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass bei öffentlichen Bauprojekten die Anforderungen und Wünsche schnell wachsen können. Umso wichtiger ist es, den finanziellen Rahmen konsequent im Blick zu behalten.

Insgesamt sind wir mit der vorliegenden Botschaft zufrieden und unterstützen das Geschäft. Die FDP-Fraktion stimmt der Projektierung zu und unterstützt die entsprechenden Anträge.

Michael Mitter (Mitte): Die Mitte-Fraktion unterstützt den Grundsatzentscheid, den Projektierungskredit sowie die entsprechenden Anträge der GLP-Fraktion.

Die Suche nach einem zentralen Verwaltungsstandort in Ostermundigen zieht sich seit vielen Jahren hin. Verschiedene Standorte wurden geprüft und wieder verworfen – sei es aus finanziellen, rechtlichen oder vertraglichen Gründen. Jetzt liegt erstmals ein Projekt vor, das sowohl realisierbar als auch finanziell tragbar erscheint und zudem an einem zentralen Standort angesiedelt ist. Diese Chance soll genutzt werden.

Heute sind die verschiedenen Verwaltungsstandorte teilweise stark verteilt und verursachen entsprechend hohe Aufwände für Betrieb und Unterhalt. Mit einem zentralen Verwaltungszentrum können diese Mittel sinnvoller eingesetzt und Synergien genutzt werden. Als fünftgrösste Gemeinde des Kantons Bern ist es aus unserer Sicht richtig, eine moderne und gut erreichbare Verwaltung an einem Ort zu bündeln, statt weiterhin auf viele einzelne Standorte verteilt zu sein.

Die Fraktion ist daher überzeugt, dass dieses Projekt eine wichtige und notwendige Weiterentwicklung für Ostermundigen darstellt.

Jorgo Ananiadis (Piraten): Nach den bisherigen Projekten zum Verwaltungszentrum erscheint der vorliegende Vorschlag als einer der vernünftigeren und realistischeren Ansätze.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass in der Vergangenheit verschiedene öffentliche Bauprojekte nicht immer in einer klaren, identitätsstiftenden architektonischen Qualität umgesetzt wurden. Ich hoffe deshalb, dass das Verwaltungszentrum am Tell-Areal gestalterisch überzeugend und mit einer gewissen Wiedererkennbarkeit realisiert wird.

Ich schliesse mich in vielen Punkten meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an, insbesondere auch bezüglich der Priorisierung der verschiedenen Bauprojekte. Kritisch sehe ich die lange Planungs- und Realisierungsdauer: Bis zum Spatenstich dürften noch fünf bis sechs Jahre vergehen. In dieser Zeit besteht das Risiko, dass sich Rahmenbedingungen ändern, Projekte teurer werden oder Anpassungen notwendig werden.

Die Nachnutzung der heutigen Standorte, etwa des «Alpenrösli» oder weiterer Liegenschaften, wird aus meiner Sicht mehr Zeit in Anspruch nehmen als heute angenommen. Die dargestellten Zeitpläne erscheinen eher optimistisch.

Trotz dieser Vorbehalte unterstütze ich die vorliegenden Anträge und danke für die bisherige Arbeit.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Ich danke für die Voten. Ich möchte insbesondere auf den Ergänzungsantrag der GLP-Fraktion eingehen.

Das Prinzip «Design to cost» liegt grundsätzlich auch in unserem Sinn. Wir sehen die Chance, dass ein Totalunternehmer wie die Halter AG nach diesem Prinzip eine entsprechende Offerte erarbeitet. Allerdings wäre es uns wichtig zu präzisieren, was unter «unnötigem Luxus» konkret verstanden wird. Dazu bitten wir um Beispiele aus früheren Projekten, bei denen aus Sicht der Antragstellenden entsprechende Elemente enthalten waren.

Im Rahmen der weiteren Bearbeitung möchten wir zudem aufzeigen, welche Optionen bestehen könnten. Ein Beispiel wäre etwa die Frage der Behindertengängigkeit, wo unterschiedliche Standards möglich sind. Ebenso könnte diskutiert werden, ob eine Photovoltaikanlage vollständig oder nur teilweise realisiert wird. Auch bei der Vergabe stellt sich die Frage nach Kriterien wie der Wahl zwischen einheimischen und ausländischen Anbietern. Solche Varianten könnten später im politischen Prozess als Entscheidungsgrundlagen dienen.

Zum zweiten Punkt, der Kostendisziplin, teilen wir grundsätzlich die Stossrichtung. Gleichzeitig ist zu beachten, dass in dieser frühen Projektphase noch nicht alle Kostenrisiken bekannt sind. Erst im Bauprojekt und im Ausführungskredit wird sich der genaue Rahmen konkretisieren lassen. Eine vollständige Absicherung aller Eventualitäten durch hohe Reserven erachten wir daher nicht als zielführend.

Sollte der Kostenrahmen später überschritten werden, sind entweder Einsparungen an anderer Stelle oder alternative Varianten zu prüfen. Hier sehen wir auch die Möglichkeit, dem Rat unterschiedliche Optionen vorzulegen.

Zum dritten Punkt, dem schlüsselfertigen Ausbau beziehungsweise Innenausbau, ist festzuhalten, dass bei einer Vergabe an einen Totalunternehmer sämtliche Details frühzeitig festgelegt werden müssten. Jede spätere Änderung hätte entsprechend Kostenfolgen. Wenn der Innenausbau hingegen durch die Gemeinde selbst realisiert wird, bleibt mehr Flexibilität und potenziell auch mehr Kostensicherheit.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass der Innenausbau erst in einigen Jahren umgesetzt wird und sich die Anforderungen der Verwaltung bis dahin noch verändern können. Mit einem detaillierten Raumkonzept möchten wir deshalb frühzeitig die Bedürfnisse definieren, ohne uns zu stark einzuschränken.

Aus finanziellen Überlegungen heraus unterstützen wir grundsätzlich die vorgesehene Stossrichtung beim Innenausbau.

Alexander Wahli (glp): Ich danke für die Ausführungen zu den einzelnen Punkten.

Zum Thema «unnötiger Luxus» halte ich fest, dass wir davon ausgehen, dass dieses Prinzip im Grundsatz bereits in der Projektierung enthalten ist. Damit ist für uns ausreichend dokumentiert, dass auf übermässige Ausstattungen verzichtet wird. Konkrete Beispiele aus früheren Projekten kann ich an dieser Stelle nicht benennen. Aus meiner Sicht kann dieser Punkt so stehen bleiben.

Zum Punkt der Kostendisziplin habe ich die Botschaft möglicherweise teilweise anders verstanden. Ich bin davon ausgegangen, dass im Fall einer Vergabe an einen Totalunternehmer ein verbindlicher, möglichst fixer Preis angestrebt wird. Gleichzeitig ist mir bewusst, dass in dieser frühen Phase noch Unsicherheiten bestehen und der Kostenvoranschlag auf Annahmen basiert, mit einer entsprechenden Bandbreite.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Ich kann gut damit leben, wenn im Rahmen der Kostendisziplin auch aufgezeigt wird, wo bei Bedarf Einsparungen oder Anpassungen möglich wären. Wichtig ist mir, dass nicht pauschal auf Kostensteigerungen reagiert wird, sondern dass gezielt Optionen zur Kompensation aufgezeigt werden.

Ich bin zudem der Meinung, dass die Frage eines fixen Preises im weiteren Verlauf nochmals vertieft geprüft werden sollte. Aus meiner Sicht ist es grundsätzlich üblich, dass bei Bauprojekten möglichst verbindliche Preise vereinbart werden, auch wenn im Bauverlauf gewisse Anpassungsrisiken bestehen.

Beim Innenausbau bin ich der Ansicht, dass sowohl eine Eigenrealisation als auch ein schlüsselfertiges Modell mit dem Totalunternehmer nochmals konkret verglichen werden sollte. Dabei sollen die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen transparent aufgezeigt werden. Ziel ist nicht, heute bereits alle Details festzulegen, sondern die Realisierungsform auf einer soliden Grundlage zu beurteilen.

Ich möchte zudem klarstellen, dass mein Antrag zur Realisierungsform nicht verlangt, dass bereits im jetzigen Zeitpunkt alle Ausbauschritte endgültig festgelegt werden. Es geht vielmehr darum, die verschiedenen Varianten sorgfältig zu prüfen und auf dieser Basis zu entscheiden.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Wir werden nun eine Pause einlegen. Diese dauert fünfzehn Minuten. Anschliessend setzen wir die Sitzung in gewohnter Weise fort.

P a u s e

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Wir setzen nun die Sitzung fort. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Alexander Wahli (glp): Wir haben zwei Anpassungen in unseren Ergänzungsanträgen vorgenommen.

Den Punkt 3 haben wir unverändert belassen.

Beim Punkt 4 haben wir das Thema der Optionen mit möglichem Sparpotenzial ergänzt. Damit ist gemeint, dass bei allfälligen Mehrkosten oder Bestellungsänderungen im Rahmen der Kostendisziplin auch Gegenmassnahmen geprüft werden sollen. Konkret würde das bedeuten, dass bei Bedarf an anderer Stelle Einsparungen vorgenommen oder Leistungen reduziert werden müssen. Ziel ist es, mögliche Mehrkosten durch entsprechende Priorisierungen und Verzichtsentscheide aufzufangen.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Beim Punkt 5 schlagen wir vor, den Hinweis zeitlich flexibler zu formulieren. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass die Prüfung der Realisierungsform zum geeigneten Zeitpunkt erfolgt und nicht unnötig früh in den Prozess eingreift. Damit soll weiterhin eine hohe Kostensicherheit gewährleistet werden, ohne den Planungsprozess zu stark einzuschränken.

Zur «Realisierungsform Kauf eines schlüsselfertig ausgebauten Verwaltungszentrums» halten wir fest, dass diese Option ernsthaft zu prüfen ist. Dies bedeutet nicht, dass heute ein Entscheid vorweggenommen wird. Vielmehr soll zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Projektgrundlagen und insbesondere die Kostenbasis ausreichend konkret sind, ein Vergleich erfolgen. Dann ist zu prüfen, ob eine Realisierung über einen Totalunternehmer – inklusive Innenausbau – oder eine konventionelle Umsetzung durch die Gemeinde selbst wirtschaftlich und zweckmässiger ist.

- Die Ergänzungsanträge lauten neu wie folgt:
  3. Design to cost: Das Projekt soll nach dem Prinzip «Design to cost» entwickelt werden. Die Bestellung erfolgt nach dem effektiv notwendigen Bedarf. Unnötiger Luxus ist wegzulassen.
  4. Kostendisziplin: Der offerierte Kostenrahmen ist einzuhalten. Etwaige Mehrkosten bei Bestelländerungen sind konsequent mit Gegenmassnahmen zu kompensieren - d.h. Verzicht an anderer Stelle oder mit Optionen Sparpotentiale ermitteln.
  5. Kostensicherheit durch Kauf schlüsselfertig ausgebautes Verwaltungszentrum prüfen: Um eine möglichst hohe Kostensicherheit zu erhalten, ist zum geeigneten Zeitpunkt auch die Realisierungsform «Kauf eines schlüsselfertig ausgebauten Verwaltungszentrums» ernsthaft einzubeziehen und zu prüfen.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Ich möchte noch festhalten, dass der Gemeinderat den Ergänzungsanträgen ebenfalls zustimmt.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Ich wäre dafür, dass wir nun in die Abstimmungsphase gehen.

A b s t i m m u n g

Der **Ergänzungsantrag Nr. 1 (Punkt 3 gemäss Antrag der GLP-Fraktion)** lautet wie folgt:

Design to cost: Das Projekt soll nach dem Prinzip «Design to cost» entwickelt werden. Die Bestellung erfolgt nach dem effektiv notwendigen Bedarf. Unnötiger Luxus ist wegzulassen.

ⓘ Der Ergänzungsantrag Nr. 1 wird mit 23 zu 0 Stimmen angenommen.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Der **Ergänzungsantrag Nr. 2 (Punkt 4 gemäss Antrag der GLP-Fraktion)** lautet wie folgt:

Kostendisziplin: Der offerierte Kostenrahmen ist einzuhalten. Etwaige Mehrkosten bei Bestelländerungen sind konsequent mit Gegenmassnahmen zu kompensieren - d.h. Verzicht an anderer Stelle oder mit Optionen Sparpotentiale ermitteln.

ⓘ Der Ergänzungsantrag Nr. 2 wird mit 19 zu 0 Stimmen angenommen.

Der **Ergänzungsantrag Nr. 3 (Punkt 5 gemäss Antrag der GLP-Fraktion)** lautet wie folgt:

Kostensicherheit durch Kauf schlüsselfertig ausgebautes Verwaltungszentrum prüfen: Um eine möglichst hohe Kostensicherheit zu erhalten, ist zum geeigneten Zeitpunkt auch die Realisierungsform «Kauf eines schlüsselfertig ausgebauten Verwaltungszentrums» ernsthaft einzubeziehen und zu prüfen.

ⓘ Der Ergänzungsantrag Nr. 3 wird mit 23 zu 0 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Ich stelle den Antrag, dass wir über die Anträge Nr. 1 bis 5 in «globo» abstimmen.

ⓘ Der Antrag wird mit 32 zu 0 Stimmen angenommen.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Projektidee eines Verwaltungszentrums auf dem Tell-Areal wird zugestimmt.
2. Für die weitere Bearbeitung des Projekts Verwaltungszentrum Tell (Projektierung von Edelrohbau, Innenausbau und Betriebseinrichtungen) wird ein Projektierungskredit von CHF 1'340'000.00 genehmigt.
3. Design to cost: Das Projekt soll nach dem Prinzip «Design to cost» entwickelt werden. Die Bestellung erfolgt nach dem effektiv notwendigen Bedarf. Unnötiger Luxus ist wegzulassen.
4. Kostendisziplin: Der offerierte Kostenrahmen ist einzuhalten. Etwaige Mehrkosten bei Bestelländerungen sind konsequent mit Gegenmassnahmen zu kompensieren - d.h. Verzicht an anderer Stelle oder mit Optionen Sparpotentiale ermitteln.
5. Kostensicherheit durch Kauf schlüsselfertig ausgebautes Verwaltungszentrum prüfen: Um eine möglichst hohe Kostensicherheit zu erhalten, ist zum geeigneten Zeitpunkt auch die Realisierungsform «Kauf eines schlüsselfertig ausgebauten Verwaltungszentrums» ernsthaft einzubeziehen und zu prüfen.

Axioma #11292
40.3.28 Lärmproblematik

8. Strassenlärmsanierung Bernstrasse; Akustisches Projekt; Kreditabrechnung; Kenntnisnahme

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über die Strassenlärmsanierung Bernstrasse, Akustisches Projekt, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 402'915.40 (inkl. MwSt.) wird Kenntnis genommen.

Axioma #11290
10.3.72 Motionen

9. Überparteiliche Motion betreffend Anpassung der Kriterien für die Schulhauszuteilung «Family first»; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

Kerstin Brechbühl (Mitte): Die Mitte-Fraktion ist bei der Motion «Family First» geteilter Meinung. Als Erstunterzeichnerin spreche ich für den unterstützenden Teil.

Die Motion betrifft das Anliegen vieler Familien, dass Geschwister möglichst dasselbe Schulhaus besuchen können. Für sie ist dies ein zentraler Bestandteil von Familienfreundlichkeit und Vereinbarkeit von Familie sowie Erwerbsarbeit.

Eine familienfreundliche Gemeinde, die sich gemäss Leitbild zur Förderung der Vereinbarkeit bekennt, kann sich nicht allein auf Betreuungsangebote wie Tagesschulen stützen. Ebenso wichtig sind grundlegende Rahmenbedingungen, die den Familienalltag erleichtern. Dazu gehört insbesondere, dass Eltern nicht mehrere Institutionen mit unterschiedlichen Abläufen, Wegen und organisatorischem Aufwand koordinieren müssen.

Die Schulhauszuteilung beschäftigt viele Eltern in Ostermundigen stark. Vertreterinnen und Vertreter aller vier Elternräte haben sich gemeinsam mit dem Thema befasst. Zahlreiche Rückmeldungen zeigen, dass die heutige Praxis von vielen als nicht mehr zeitgemäss und zu wenig familien- und kindeswohlorientiert empfunden wird.

Niemand bestreitet, dass die Schulhauszuteilung komplex ist und verschiedene Faktoren wie Klassengrössen, Schulwege und Ressourcen berücksichtigt werden müssen. Die Motion verlangt deshalb auch keine starren Regeln, sondern lediglich, dass das Geschwisterprinzip stärker berücksichtigt wird.

Zur Stellungnahme möchte ich zwei Punkte hervorheben:

- Erstens wird auf die Gleichbehandlung verwiesen. Faktisch besteht jedoch bereits heute keine vollständige Gleichbehandlung, da durch die flexiblen Schulkreisgrenzen bestimmte Quartiere wiederholt von Umteilungen betroffen sind. Dadurch entstehen für einzelne Quartiere wiederkehrende Belastungen.
- Zweitens zur Testzuteilung: Zwischen Wiesenstrasse und Bernstrasse beträgt der Schulweg rund 1,2 Kilometer und liegt damit innerhalb der kantonal vorgegebenen 2 Kilometer. Dennoch werden Kinder teilweise nicht dem nächstgelegenen Schulstandort zugeteilt und passieren auf dem Weg mehrere mögliche Schulhäuser.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Gemäss den vorliegenden Zahlen sind in der Testzuteilung rund 15 Kinder von einem etwas längeren Schulweg betroffen. Im Schulhaus Bernstrasse sind zudem 13 Kinder anderen Schulstandorten zugewiesen. Hochgerechnet auf alle vier Schulhäuser ergibt sich eine grössere Zahl betroffener Familien. Das zeigt, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um ein strukturelles Thema.

Eine Annahme der Motion würde keine grundlegende Verschlechterung der Situation bewirken. Einzelne längere Schulwege können vorkommen, insgesamt überwiegen aus Sicht der Familien jedoch die Vorteile deutlich.

Die heutige Praxis erfüllt zwar organisatorische Anforderungen, trägt den Bedürfnissen vieler Familien aber zu wenig Rechnung. Solange die Kriterien Interpretationsspielraum lassen, bleibt für Eltern oft unklar, wie Entscheide zustande kommen.

Die Motion verlangt keine grundlegende Systemänderung, sondern eine stärkere Gewichtung des Geschwisterprinzips. Damit können Familien entlastet, organisatorische Abläufe vereinfacht und mehr Stabilität für Kinder geschaffen werden.

Die Frage ist letztlich, welches Signal wir setzen wollen: Soll das Zusammenführen von Geschwistern eine Ausnahme bleiben oder ein erklärtes Ziel unserer Schulorganisation sein?

Mit der Annahme der Motion entscheiden wir uns nicht gegen eine funktionierende Schulorganisation, sondern für eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Familien im Alltag. Ich bitte alle daher, die Motion «Family First» zu unterstützen.

Sarah Stalder (SP): Zunächst möchte ich mich bei allen bedanken, die sich im Vorfeld an den Diskussionen beteiligt haben. Für die Elternräte und viele Eltern sind die Schulhauszuteilungen der Primarschulkinder ein jährlich wiederkehrendes Thema. Mir ist wichtig zu betonen, dass sich diese Motion ausschliesslich auf die Primarschule bezieht.

Wie wir bereits von Kerstin Brechbühl gehört haben, fand im Jahr 2025 ein Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern aller vier Elternräte und der Schulkommission statt. Dabei wurde deutlich, dass es einen breit abgestützten Entscheid braucht, damit das Kriterium «Familien» künftig angemessen berücksichtigt werden kann. Aus diesem Prozess ist die vorliegende Motion entstanden.

Mein zentrales Anliegen ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. In den bisherigen Diskussionen habe ich festgestellt, dass nicht allen klar ist, weshalb die Zuteilung von Geschwistern in verschiedene Schulhäuser die Vereinbarkeit erschwert. Deshalb möchte ich dies kurz erläutern.

Der Schulstandort bestimmt gleichzeitig den Standort der Tagesschule. Kinder können dort bis 16.15 Uhr betreut werden. Gerade in den Wintermonaten ist es um diese Zeit bereits dunkel. Aus meiner Sicht gehört es zur Fürsorgepflicht der Eltern, Kinder im Alter von vier bis acht Jahren nicht allein nach Hause gehen zu lassen, sondern sie persönlich abzuholen.

Sind Geschwister unterschiedlichen Schulhäusern zugeteilt, müssen sie an zwei verschiedenen Orten abgeholt werden und zwar jeweils rechtzeitig. Wer Kinder hat, weiss, dass sie um 16.15 Uhr nicht bereits fertig angezogen und abholbereit auf der Bank sitzen. Jacke anziehen, Spielsachen versorgen oder noch kurz etwas erzählen – all das braucht Zeit.

Für berufstätige Eltern bedeutet dies, dass sie ihre Arbeit früher verlassen müssen als Familien, deren Kinder am gleichen Standort betreut werden. Das setzt Flexibilität des Arbeitgebers voraus insbesondere für Alleinerziehende oder Personen mit festen Arbeitszeiten. Der oft genannte Vorschlag, sich mit Nachbarsfamilien zu organisieren, klingt zwar einfach, ist im Alltag jedoch häufig schwierig umzusetzen, weil Stundenpläne, Betreuungstage und Freizeitaktivitäten unterschiedlich sind.

Ich möchte auch kurz auf das Argument der Gleichbehandlung eingehen. Der Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 8 der Bundesverfassung verlangt, dass sachlich relevante Unterschiede berücksichtigt werden. Gleiches soll gleich und Ungleiches entsprechend unterschiedlich behandelt werden.

Die Berücksichtigung von Geschwistern schafft deshalb keine Rechtsungleichheit, sondern trägt unterschiedlichen Familiensituationen Rechnung. Auch Familien mit Einzelkindern oder Erstgeborenen können von längeren Schulwegen betroffen sein. Wird später ein Geschwister eingeschult, entsteht dieselbe Ausgangslage. Wir vergleichen hier also gleich gelagerte Situationen und schaffen keine ungerechtfertigten Vorteile.

Abschliessend möchte ich betonen, dass es sich um eine Richtlinienmotion handelt. Wir entscheiden heute nicht über den konkreten Wortlaut einer neuen Regelung. Wir erteilen der Schulkommission den Auftrag, das Kriterium «Familien» künftig angemessen zu berücksichtigen und eine Lösung auszuarbeiten, die vielen Familien ermöglicht, ihre Kinder im gleichen Schulhaus zu haben.

Benjamin Gimmel (EVP): Wir von der EVP-Fraktion verstehen das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns wichtig, ebenso die Frage, dass Geschwister möglichst dem gleichen Schulstandort zugeteilt werden können.

Gleichzeitig haben wir auch die Stellungnahme zur Motion zur Kenntnis genommen und sehen die damit verbundenen Herausforderungen. Die Motion wirkt auf den ersten Blick klar formuliert, wie auch in den vorhergehenden Voten zum Ausdruck gekommen ist. In der Zielsetzung entspricht sie grundsätzlich auch unserer Haltung.

Wir würden es begrüssen, wenn das Geschwisterprinzip bei der Schulhauszuteilung stärker berücksichtigt wird. Gleichzeitig ist uns wichtig zu betonen, dass weitere Kriterien wie Schulweg, Klassengrössen und eine ausgewogene Klassenbildung weiterhin ein sehr hohes Gewicht behalten müssen.

In der Fraktion sind wir uns in der Schlussfolgerung nicht vollständig einig, wie wir abstimmen werden. Die Diskussion hat gezeigt, dass die Haltung insgesamt noch nicht abschliessend gefestigt ist.

Béla Filep (Mitte): Ich möchte zwei, drei Punkte wiederholen, die bereits von Kerstin Brechbühl erwähnt wurden.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf möchte ich eine persönliche Erfahrung einbringen. Wir haben zwei Kinder im schulpflichtigen Alter von 10 und 8 Jahren und sind beide berufstätig, mit Berufen, die eine gewisse Flexibilität bei den Arbeitszeiten erlauben.

Wir haben das Glück, dass unsere beiden Kinder aktuell im gleichen Schulhaus sind. Ich stelle mir vor, dass sich der Alltag deutlich komplizierter gestalten würde, wenn sie unterschiedliche Schulstandorte hätten.

Wie bereits von Sarah Stalder erwähnt, beginnt der organisatorische Aufwand bereits beim Schulweg. Am Morgen begleiten wir die Kinder in der Regel zur Schule. Teilweise haben sie unterschiedliche Startzeiten, was den Ablauf zusätzlich erschwert. Dadurch entstehen pro Tag mehrere Wegstrecken am Morgen und am Abend.

Ein weiterer Punkt ist der Schulweg selbst. Wenn beispielsweise ein Kind alleine unterwegs ist, stellt sich für uns die Frage der Sicherheit, auch wenn viele Kinder diesen Weg selbstständig zurücklegen. In unserem Quartier besuchen Kinder unterschiedliche Schulhäuser – einige gehen in das Bernstrasse Schulhaus, andere in ein anderes Schulhaus. Dadurch fehlt teilweise das gemeinsame Unterwegssein mit Gleichaltrigen.

Für mich steht dabei weniger einzelne Anlässe wie Schulfeste im Vordergrund, sondern der tägliche Alltag der Familien mit mehreren Kindern. Es geht letztlich um eine mögliche Entlastung von Eltern in einer solchen Situation, in der mehrere Kinder unterschiedliche Schulstandorte haben.

Marcel Falk (SP): Ich bin der Meinung, dass die wichtigsten Argumente bereits genannt wurden und ich diese nicht wiederholen muss. Ich bitte, der Motion zuzustimmen.

Einen Punkt möchte ich jedoch besonders hervorheben: Wir können und müssen nicht auf jedes einzelne Anliegen aus der Bevölkerung eingehen. Es gibt unzählige Wünsche und Anliegen. Wenn ein Thema jedoch über Jahre hinweg von vielen Eltern immer wieder eingebracht und auch in den Elternräten regelmässig diskutiert wird, verdient es unsere Aufmerksamkeit.

Ich bin der Meinung, dass wir als Gemeinde und als Parlament auf die Anliegen unserer Bevölkerung hören sollten. Mir ist bewusst, dass die Schulhauszuteilung komplex ist und jede Änderung der Kriterien sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich bringt. Aus meiner Sicht überwiegen in diesem Fall jedoch die Vorteile klar.

Entscheidend ist für mich, dass dieses Anliegen seit Jahren besteht und von vielen Eltern immer wieder eingebracht wird. Deshalb bin ich der Meinung, dass es richtig ist, die Zuteilungskriterien anzupassen und das Geschwisterprinzip künftig stärker zu berücksichtigen. Damit können wir eine spürbare Verbesserung für viele Familien erreichen.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Schulhauseinteilungen, insbesondere für den Kindergarten oder die 1. Klasse, sind oft mit Emotionen verbunden. Die vorgebrachten Anliegen der Familien sind nachvollziehbar und wir haben dafür Verständnis.

Aus den in der Stellungnahme dargelegten Gründen ist es jedoch nicht möglich, auf alle individuellen Wünsche einzugehen. Die heutigen Kriterien – Wohnadresse, fliessende Schulkreisgrenzen sowie ausgeglichene Klassengrössen und Klassenmischungen – entsprechen der Praxis in Ostermundigen und werden auch in anderen Gemeinden angewendet.

Diese Kriterien wurden zudem durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern bestätigt. Auch ein aktuelles Urteil des Bundesgerichts zu einer Schulzuteilung in Winterthur, bei der drei Geschwister verschiedenen Schulhäusern zugeteilt wurden, hält fest, dass kein Anspruch auf eine gemeinsame Zuteilung besteht. Das Urteil setzt sich ausdrücklich mit den Fragen der Rechtsgleichheit und einer möglichen Bevorzugung einzelner Familien auseinander.

Ich möchte deshalb mitgeben, dass wir zwar grosses Verständnis für die betroffenen Familien haben – wir haben selbst vier Kinder und kennen diese Situation. Wenn jedoch einzelne Gruppen bevorzugt werden, kann dies rechtliche Probleme im Hinblick auf die Gleichbehandlung mit sich bringen.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 19 zu 9 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion wird angenommen.

Axioma #11291
10.3.74 Interpellationen

10. Interpellation Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend Stand und Planung ÖV und Baustellen Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Jorgo Ananiadis (Piraten): Ich danke dem Gemeinderat und allen beteiligten Mitarbeitenden für die transparente Berichterstattung und die ausführlichen Erläuterungen. Gleichzeitig bin ich gespannt auf die Entwicklung unserer neuen beziehungsweise wieder eingeführten Buslinie 15 und darauf, wie sich der öffentliche Verkehr in Ostermundigen künftig weiterentwickeln wird.

B e s c h l u s s

Die Interpellation wird schriftlich beantwortet.

11. Orientierungen des Gemeinderates

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):

10.22.5.91 Regionalplanung

a) Regionaler Fussballcampus Rörswil; Orientierung

Im Rahmen des Verfahrens liegen verschiedene Fachberichte vor, darunter auch das Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK). Dieses ist Mitte Juni 2026 beim Kanton eingegangen und wird derzeit ausgewertet.

Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich noch keine Aussage darüber treffen, ob das Gutachten insgesamt positiv oder negativ ausfällt. Hinsichtlich der grundsätzlichen Bewilligungsfähigkeit des Projekts bestehen jedoch weiterhin positive Signale. Sobald die Ergebnisse vertieft geprüft sind, informiert der Gemeinderat den Grossen Gemeinderat erneut. Erste Informationen werden voraussichtlich im Verlauf des dritten Quartals vorliegen.

5.2.71 Einmalige Anlässe

b) Kantonale Beobachtungsstation Bolligen; öffentliche Besichtigung

Am 16. September 2026 findet um 17.30 Uhr die öffentliche Besichtigung der kantonalen Beobachtungsstation in Bolligen statt. Die Ratsmitglieder sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

10.3.01 Allgemeines

c) Einreichung parlamentarischer Vorstösse; Lesbarkeit der Namen der Unterzeichnenden

Es wird darum gebeten, die Namen auf parlamentarischen Vorstössen gut leserlich, möglichst in Blockschrift oder maschinell, anzubringen. Dies erleichtert die Zuordnung der Unterschriften.

10.3.01 Allgemeines

d) Fragen im Vorfeld von GGR-Sitzungen

Es wird darum gebeten, Fragen nach Möglichkeit bereits vor den Sitzungen per E-Mail einzureichen. Dies erleichtert der Verwaltung die interne Abklärung und ermöglicht eine gezielte Vorbereitung der Antworten.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP):

40.10.00 Allgemeines

e) Eintrittsbeschränkung im Freibad

Aufgrund der sehr hohen Besucherzahlen im Freibad muss ab Samstag, 27.06.2026 die Anzahl gleichzeitig anwesender Personen auf 1'500 beschränkt werden. Hintergrund sind die gesetzlichen Vorgaben zur Wasserqualität und Hygiene, die trotz maximaler Leistung der technischen Anlagen bei einer höheren Auslastung nicht mehr eingehalten werden können.

Die Massnahme dient zudem der Sicherheit der Badegäste, da auch beim Badeaufsichtspersonal die personellen Ressourcen begrenzt sind. Über die Website der Gemeinde informiert ein Ampelsystem über die aktuelle Auslastung des Freibads. Die Eintrittsbeschränkung erfolgt aus gesetzlichen sowie sicherheitsrelevanten Gründen und soll aufgehoben werden, sobald sich die Situation mit tieferen Temperaturen und den Sommerferien entspannt.

42.2.01 Reglemente, Vorschriften, Weisungen

f) Aufruf zum sparsamen Wasserverbrauch

In Ostermundigen besteht derzeit ein aussergewöhnlich hoher Wasserverbrauch. An einem Tag werden über 6'700 Kubikmeter Trinkwasser verbraucht – ein neuer Höchstwert und deutlich mehr als die bisherigen Spitzenwerte.

Die Wasserversorgung ist weiterhin sichergestellt. Es bestehen keine Einschränkungen bei der Versorgung mit Trink-, Brauch- oder Löschwasser. Die Bevölkerung wird jedoch gebeten, Wasser möglichst sparsam zu verwenden und insbesondere bei der Bewässerung von Gärten sowie Rasen Zurückhaltung zu üben, bis sich die Situation durch Niederschläge wieder entspannt.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Lukas Lanz (FDP): Zum Schluss des heutigen Abends steht noch ein besonderer Moment an. Es ist zwar kein lustiger Anlass, aber einer, den wir natürlich nicht auslassen möchten: Wir verabschieden Daniela Feller.

Daniela, heute nimmst du zum letzten Mal an einer GGR-Sitzung in Ostermundigen teil. Während deiner Zeit im GGR hast du unsere Arbeit mitgeprägt; engagiert, kompetent und mit einer guten Portion Humor. Wir waren nicht immer derselben Meinung, doch deine Beiträge waren stets sachlich, konstruktiv und oft auch ein verbindendes Element.

In Erinnerung bleiben uns viele deiner treffenden Aussagen. Etwa zum Jahresbericht, als du meintest, dass sich über eine längere Amtszeit wohl nicht nur die 1'299 Leuchten und 362 Hydranten freuen würden. Oder dein pointierter Kommentar:

«Es würde einem Schildbürgerstreich gleichen, einen Tunnel nur halb zu bauen.»

Ebenso unvergessen sind deine präzisen juristischen Hinweise, deine technischen Feststellungen «Unsere Leitungen sind dicht.» oder deine humorvollen Ausflüge in die Geografie und den Fernsehkonsum, bei dem scheinbar nur «Landfrauenküche» zählt.

Besonders in Erinnerung bleibt auch deine erste Ansprache als Ratspräsidentin. Gleich zu Beginn hast du angekündigt:

«Ich ändere als Erstes den Sitzungsablauf ein wenig.»

Das zeigte von Anfang an deine unkomplizierte, offene und mutige Art.

Von 2021 bis heute warst du ein engagiertes Mitglied des GGR. Gleichzeitig hast du als Ortsparteipräsidentin Verantwortung übernommen und das Ratspräsidium im Jahr 2025 aus meiner Sicht souverän, sympathisch und auf deine ganz eigene Art geführt. Neben deinem politischen Engagement hast du stets auch Beruf, Familie und vieles mehr unter einen Hut gebracht; dafür gebührt dir grosser Respekt.

Vor allem aber wirst du uns als Mensch fehlen.

Liebe Daniela Feller, ich wünsche dir für deine Zukunft alles Gute, viel Freude und viele schöne Momente, sei es im Oberland oder anderswo.

Und damit du uns nicht ganz vergisst und immer etwas Süsses zur Hand hast, möchten wir dir diese Kiste mit süssen Erinnerungen überreichen. Sie darf jederzeit wieder aufgefüllt werden mit Schokolade oder mit neuen schönen Erinnerungen.

Vielen herzlichen Dank für deinen grossen Einsatz.

Daniela Feller (FDP): Ich bin fast froh, dass die heutige Sitzung etwas länger gedauert hat – es ist schliesslich mein letzter Abend hier.

Mein Abschied hängt mit meinem Umzug zusammen. Dadurch kann ich mich künftig nicht mehr in Ostermundigen politisch engagieren. Das fällt mir nicht leicht.

Ich möchte mich bei der Bevölkerung von Ostermundigen herzlich bedanken, dass sie mir zweimal das Vertrauen geschenkt und mich gewählt hat. Ich glaube zwar nicht nur, weil ich die einzige Frau auf der Liste war (vielleicht hat das ein wenig geholfen), sondern vor allem, weil man mir zutraute, dieses Amt auszuüben. Dafür bin ich sehr dankbar. Es ist alles andere als selbstverständlich.

Nun ziehe ich sozusagen ins politische Nirwana. Mit meiner Parteizugehörigkeit sind die Aussichten an meinem neuen Wohnort wohl eher bescheiden. Umso mehr habe ich die Zeit hier genossen und schätze die Möglichkeit, mich in Ostermundigen politisch einbringen zu dürfen.

Ich werde alle und auch die Gemeinde Ostermundigen sehr vermissen. Wie bereits erwähnt wurde, arbeite ich weiterhin hier. Das freut mich sehr, denn so bleibt Ostermundigen ein wichtiger Teil meines Alltags. Ich verbringe zwar künftig meine Freizeit im Oberland, darf aber weiterhin hierherkommen und viele von euch wiedersehen.

Für all die Begegnungen, die Zusammenarbeit und die gemeinsame Zeit danke ich von Herzen. Ich wünsche allen alles Gute.

Oliver Tamàs (glp): Wir haben heute noch eine weitere Verabschiedung.

Luca Alberucci nimmt heute zum letzten Mal an einer Sitzung des Grossen Gemeinderates teil. Eigentlich verabschieden wir ihn bereits zum zweiten Mal. Bei seiner ersten Verabschiedung im Jahr 2017 war ich allerdings noch nicht dabei.

Luca, bei den Wahlen 2024 bist du mit einem hervorragenden Resultat von über 800 Stimmen wieder in den GGR gewählt worden. Du hast dich in den vergangenen Jahren insbesondere als ausgewiesener Finanzpolitiker profiliert. Bei Budget- und Jahresrechnungsdebatten waren deine Voten stets fundiert und engagiert. Ich bin sicher, dass wir deine Beiträge vermissen werden. Deinen heutigen Wunsch nehmen wir selbstverständlich gerne in die kommenden Finanzdiskussionen mit.

Erfreulicherweise konnten wir heute bereits deinen Nachfolger wählen: Alexander Schmid wird künftig als 1. Vizepräsident Einsitz im Büro des Grossen Gemeinderates nehmen. Wir wünschen ihm einen guten Start und viel Freude in seinem neuen Amt.

Ebenfalls zu erwähnen ist, dass Leena Raass heute leider nicht anwesend sein kann. Sie ist per sofort nach Zürich gezogen. Über ihre Nachfolge wird derzeit noch entschieden. Wir wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Luca, wir danken dir herzlich für deinen Einsatz zugunsten unserer Gemeinde und wünschen dir für deine Zukunft alles Gute, viel Erfolg und vor allem beste Gesundheit.

Als kleines Abschiedsgeschenk überreichen wir dir – passend zum Thema Wassersparen – eine Flasche Mundiger Wein. Auch wenn auf der Etikette Bern steht: Der Wein stammt natürlich aus Ostermundigen.

Luca Alberucci (glp): Besten Dank für die gute Zusammenarbeit und die vielen gemeinsamen Stunden. Ich werde euch alle vermissen. Ich wünsche euch von Herzen alles Gute, beste Gesundheit und für die Zukunft viel Freude sowie Erfolg.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die parlamentarischen Neueingänge von heute Abend lauten wie folgt:

12. Überparteiliche Motion betreffend Erhöhung der Entschädigung für Mitglieder des ständigen Ausmittlungsausschusses

13. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Prioritäten bei den anstehenden, grossen Investitionsvorhaben

14. Überparteiliche Interpellation betreffend Massnahmen gegen häusliche Gewalt

Axioma #11528
10.3.72 Motionen

12. Überparteiliche Motion betreffend Erhöhung der Entschädigung für Mitglieder des ständigen Ausmittlungsausschusses; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, Artikel 8 des Reglements über die Entschädigung und Besoldung von Behördenmitgliedern so zu ergänzen, dass die Entschädigung für die Mitglieder des ständigen Ausmittlungsausschusses um mindestens 50 Prozent höher als die übrigen Ansätze gemäss Absatz 1 sind.

Begründung

Die vom Gemeinderat gewählten Mitglieder des ständigen Ausmittlungsausschusses erledigen ihre Aufgabe jeweils am Wochenende (Samstag und/oder Sonntag) und erhalten dafür die gleichen Sitzungsgelder, wie die Mitglieder der übrigen Behörden- und Kommissionsmitglieder, welche ihre Tätigkeit in den meisten Fällen an Werktagen ausüben:

- bis zu 3 Stunden CHF 45
- über 3 Stunden CHF 60
- über 6 Stunden CHF 100

Ein von uns gemachter Vergleich hat gezeigt, dass andere Berner Gemeinden bereits wesentlich höhere Entschädigungen bezahlen:

- Bern CHF 160 pro Einsatz
- Bolligen CHF 30 pro Stunde
- Ittigen CHF 50 (≤ 3 Std.), 80 (> 3 Std. bis ≤ 6 Std.), 160 (> 6 Std.)
- Muri b. Bern CHF 150 pro Einsatz
- Vechigen CHF 80 (≤ 4 Std.), CHF 150 (> 4 Std.)

In unserer Gemeinde wird es zunehmend schwieriger, Personen für die Wochenendarbeit zu motivieren. Wir sind der Meinung, dass da eine etwas höhere Entschädigung im Sinne von Wertschätzung entgegenwirken kann. Deshalb fordern wir, die Sitzungsgelder für die Mitglieder des ständigen Ausmittlungsausschusses um mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Übrigens haben auch Gemeindeangestellte bei Arbeiten an dienstfreien Tagen Anspruch auf einen Zeitzuschlag von 50%.

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

eingereicht GGR-Sitzung 25. Juni 2026

sig.: Markus Truog (SVP), Gerhard Zaugg (SVP), Ulrich Steiner (SVP), Hans Peter Friedli (SVP), Marisa Herren (SVP), Daniela Feller (FDP), Angelo Andres (SVP), Sandra Löhrer (Mitte), Béla Filep (Mitte), Adrian Gränicher (SVP), Sarah Stalder (SP), Myriam Zürcher (EVP), Benjamin Gimmel (EVP), Andrea Scognamiglio (EVP)

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Axioma #11529
10.3.73 Postulate

13. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Prioritäten bei den anstehenden, grossen Investitionsvorhaben; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen und dem GGR darüber Bericht zu erstatten, wie die Prioritäten der anstehenden, grossen Investitionsvorhaben, die Abfolge der Projektausführung und die Freigabe der jeweiligen Investitionstranchen bzw. finanziellen Ressourcen so gesetzt werden können, dass die Eckwerte unserer Finanzstrategie eingehalten werden. Der Bericht ist dem GGR spätestens mit dem nächsten Projektierungs- oder Ausführungskredit zu erstatten.

Begründung

Aktuell laufen bereits ein paar grosse bzw. kostenintensive Projekte. So werden unter Anderem gerade der Um- und Neubau der Schulanlage Rothus und der Neubau der Dreifach-Sporthalle umgesetzt. Weitere Grossprojekte sind bereits aufgegleist oder am Horizont sichtbar. Hier sind insbesondere folgende zu erwähnen: Tram Bern Ostermundigen (Ausführungskredit beschlossen), Kindlerhaus (Projektierungskredit beschlossen), Verwaltungszentrum und der Fussballcampus Region Bern. All diese grossen und sehr teuren Projekte belasten die Gemeindefinanzen enorm und wir können es uns schlicht nicht leisten, sie parallel zu realisieren. Deshalb bitten wir den Gemeinderat zu prüfen, wie die Projekte gestaffelt so ausgeführt werden können, dass die Investitionsausgaben in den kommenden Jahren innerhalb der Eckwerte unserer Finanzstrategie abgewickelt werden können.

eingereicht GGR-Sitzung 25. Juni 2026

sig.: Markus Truog (SVP), Gerhard Zaugg (SVP), Ulrich Steiner (SVP), Lukas Lanz (FDP), Marisa Herren (SVP), Hans Peter Friedli (SVP), Daniela Feller (FDP), Angelo Andres (SVP), Adrian Gränicher (SVP), Alexander Wahli (GLP)

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Axioma #11530
10.3.74 Interpellationen

14. Überparteiliche Interpellation betreffend Massnahmen gegen häusliche Gewalt; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Mit der Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt («Istanbul-Konvention») verpflichtet sich die Schweiz seit 2018 zu umfassenden Massnahmen gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Zuständig für die Umsetzung der Konvention sind Bund, Kantone und Gemeinden. Die Unterzeichnenden stellen dem Gemeinderat deshalb die folgenden Fragen.

Fragen

1. Besteht in der Gemeinde Ostermundigen ein Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention? Wenn nein, warum nicht?
2. Welche Abteilung ist für die Koordination der Thematik zuständig?
3. Bestehen innerhalb der Gemeinde klare Abläufe, Merkblätter oder Triageprozesse für Mitarbeitende, damit Betroffene rasch und fachgerecht an die zuständigen Fachstellen weitergeleitet werden?
4. Besteht eine Zusammenarbeit mit kantonalen Stelle gegen häusliche Gewalt, den Opferhilfe-Beratungsstellen und den Frauenhäusern in Bern, Biel und Thun? Wenn nein, warum nicht?
5. Welche Angebote gibt es in Ostermundigen bereits für Betroffene von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt?
6. Welche Sofortmassnahmen wurden nach der Überweisung der dringlichen, über-parteilichen Motion betreffend Massnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen am 4. September 2025 umgesetzt? Haben sich die Sofortmassnahmen bewährt und werden sie weitergeführt?
7. Gibt es für bestimmte Gruppen spezifische Angebote, z.B. für Minderjährige, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen oder queere Menschen?
8. Werden die Themen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt in Ostermundigen an den Schulen mit Kindern und Jugendlichen thematisiert? Werden Präventions-programme gegen Geschlechterstereotype angeboten?
9. Gibt es in Ostermundigen für Berufsgruppen wie Sozialarbeitende, Lehrpersonen, medizinische Fachpersonen und Gemeindeangestellte ein Aus- und Weiterbildungskonzept zum Thema geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt?
10. In welchen Bereichen sieht der Gemeinderat auf kommunaler Ebene Handlungsbedarf
11. zur Prävention und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt?

Begründung

2025 wurden deutlich über 20 Frauen und Mädchen in der Schweiz von Männern aus ihrem Umfeld getötet - eine offizielle Statistik gibt es nicht. Femizide sind oft das tödliche Ende einer langen Gewaltspirale. Die Schweiz macht viel zu wenig, um Frauen und Mädchen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt zu schützen. Sie steht im internationalen Vergleich schlecht da. Die Gemeinden müssen einen Beitrag leisten, um sich an bestehenden Unterstützungs- und Beratungsangeboten zu beteiligen bzw. sie bekannt zu machen. Das gelingt nur mit einem klaren Konzept und klaren Zuständigkeiten.

Datum: 11. Juni 2026

eingereicht GGR-Sitzung 25. Juni 2026

sig.: Kathrin Balmer (SP), Maja Schneider (SP), Sarah Stalder (SP), Jörg Renner (SP), Adrian Tanner (Grüne), Kerstin Kistler (SP), Benjamin Gimmel (EVP), Andrea Scognamiglio (EVP), Myriam Zürcher (EVP), Kerstin Brechbühl (Mitte)

C:\Users\Local_Nigsas\Temp\11\CMI\View_0f83560f6eed43d68861537bbff3f7d7\Protokoll Nr. 3 Vom 25. Juni 2026.Docx

Axioma #4944

15. Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, **e = erledigt,**
ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu-stän-dig	Kommentar	Sta-tus
~~5765~~	~~Verwaltungsbericht 2024~~	~~26.06.25~~	~~30.06.26~~	~~FS + alle~~	~~Die FDP.Die Liberalen-Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeit aufgezeigt wird.~~	e

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:	Die Ratssekretärin:
Gerhard Zaugg	Saskia Niggli
Die Stimmenzählerin:	Der Stimmenzähler:
Kathrin Balmer	Markus Truog